

### **13. Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+**

Parlamentarische Initiative Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), Qëndresa Sadriu-Hoxha (SP, Meilen), Claudia Frei (GLP, Uster) vom 10. Juni 2024

KR-Nr. 205/2024

*Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon):* Bei mir ist sie noch nicht so lange her, die Zeit, in der ich die Schule besuchte, bei einigen von Ihnen ist es vielleicht schon ein bisschen länger her, aber vielleicht erinnern Sie sich noch daran. Wer von Ihnen hat in der Schule schon einmal abgeschrieben? Hände hoch! Und wer hat versucht, vielleicht den Text ein bisschen abzuändern, in der Hoffnung, dass es nicht auffällt? Ich gebe es zu, auch diese Standesinitiative ist abgeschrieben, leicht abgeändert und wurde in der Zwischenzeit schon in diversen anderen Kantonen eingereicht oder sogar schon überwiesen.

Warum haben wir diesen Vorstoss dennoch eingereicht? Bildung ist gemäss Bundesverfassung Aufgabe der Kantone. Gleichzeitig hat der Kanton Zürich als Standort zahlreicher Hoch- und Fachhochschulen ein besonderes Interesse daran, dass die Anbindung an die europäische Bildungs- und Forschungslandschaft wieder angemessen hergestellt wird. Und auch die Zürcher Bildungsdirektorin und Präsidentin der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorin und -direktoren (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) vertritt die klare Haltung, dass – Zitat – «eine Vollassoziierung an Horizon Europe und Erasmus+ unser aller Ziel sein muss». Eine Unterstützung der Mitte würde deshalb wohl nicht nur mich persönlich freuen. Und auch die SVP muss nicht Angst vor diesem EU-Vorstoss haben, denn machen Sie es so wie Ihre Kolleginnen und Kollegen: Zum Beispiel im Kanton Basel-Stadt oder sogar im bürgerlichen Thurgau wurde diese Standesinitiative mit Unterstützung der SVP überwiesen. Deshalb bitte ich Sie, auch dieser PI zuzustimmen, und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

*Rochus Burtscher (SVP, Dietikon):* Die vorgeschlagene Standesinitiative, die den Bund auffordert, dem Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen, stellt eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Unsicherheiten und der Notwendigkeit, staatliche Mittel sorgfältig zu verwalten, sollte die Finanzierung von Erasmus nicht prioritär behandelt werden. Die Mittel könnten besser in nationale Bildungsprojekte investiert werden, die direkt den Bedürfnissen der schweizerischen Bildungslandschaft entsprechen. Es wird geschrieben, dass es Entspannung gibt zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Ich weiss nicht, welche Zeitungen die GLP, die Grünen und die SP lesen oder ob einfach eine seltsame Wahrnehmung zwischen Wunsch und Realität besteht – möglicherweise ist das der SP-Journalist vom Tages-Anzeiger (*gemeint ist Pascal Unternährer, der in der Debatte über KR-Nr. 101/2024 infolge eines Versprechers als «SP-Journalist» bezeichnet wurde*). Um Andrew Katumba zu zitieren, als er heute Morgen um 9.15 Uhr sagte:

«Reden Sie doch mit ihren National- und Ständeräten!» Geschätzte Damen und Herren der linken Seite, tun Sie es doch einfach und seien Sie damit glaubwürdig! Eigentlich sollte die Europäische Union daran interessiert sein, das Know-how der Schweiz mit einzubinden. Aber man sieht, wie sie vorgeht und nur Machtspiele spielt, und es geht definitiv nicht mehr um sachliche Inhalte. Eine zu starke Anbindung an europäische Programme könnte langfristig die Unabhängigkeit und Autonomie der schweizerischen Bildungslandschaft gefährden. Die Universitäten, auch die Hochschulen generell, sind agiler und haben bereits bilaterale Verträge mit Unis aus Ländern ausserhalb und innerhalb der EU vereinbart. Die parlamentarische Initiative zur Standesinitiative zur gesicherten Teilnahme der Schweiz an Erasmus darf nicht unterstützt werden. Bitte machen Sie das ebenfalls nicht! Entschuldigung, Benjamin.

*Qëndresa Sadriu-Hoxha (SP, Meilen):* Als wir uns in meinem Freundeskreis über den Inhalt der Forderungen der vorliegenden PI austauschten, staunten sie nicht schlecht, als ich erzählte, dass die Schweiz nicht Teil des Erasmus+-Programms ist. Es kamen Aussagen wie «aber das Land XY macht doch mit, und die Schweiz nicht? Als wichtigem Bildungs- und Forschungsstandort sollte es der Schweiz doch ein zentrales Anliegen sein, Bildung, Mobilität und Austausch auf internationaler Ebene zu fördern» oder «die Schweiz als Vorreiterin im Bereich der Berufsbildung würde einen wertvollen Beitrag leisten im internationalen Austausch». Es sind für mich alles sehr richtige und wichtige Aussagen, insbesondere die letzte. Denn mit der Übergangslösung des Bundesrates ist genau dieser Bereich der Berufsbildung fast komplett ausgeschlossen. Das Erasmus+-Programm setzt genau hier an, denn hierbei wird nicht nur der Studierendenaustausch umgesetzt, sondern es ermöglicht darüber hinaus, im Ausland zu studieren, sich weiterzubilden, Berufserfahrung zu sammeln oder Freiwilligenarbeit zu leisten. So werden also junge Menschen mit Berufserfahrung, Jugendliche, die einen freiwilligen oder Austausch-Einsatz machen wollen, oder Jugendorganisationen, die sich europaweit für Trainings, Seminare oder Workshops vernetzen, im Programm eingeschlossen.

Die aktuelle Übergangslösung, durch die unsere Institutionen Mehrfachanträge zur Beteiligung an Kooperationsprojekten stellen müssen, welche von Jugendverbänden selbst getragen werden müssen und mit enorm hohen administrativen Aufwänden verbunden sind, ist völlig am Ziel vorbeigeschossen. Sie ist nicht nur völlig unverhältnismässig, sondern schliesst die Schweiz von der wichtigen internationalen Vernetzung aus und verhindert, dass wir unsere Stärken, insbesondere in der Berufsbildung, in Europa einbringen können. Diese Partnerschaften unterstützen zudem die Entwicklung und Professionalisierung ausserschulischer Aktivitäten und Freiwilligenarbeit und sind deshalb enorm wichtige Instrumente der Jugendverbände für die Erfüllung ihres Berufsauftrags und für die Stärkung der Beteiligung junger Menschen an der Gesellschaft.

Und ja, wir haben es vorher schon gehört oder es ging auch ein bisschen in die Richtung: Welchen Beitrag können wir hier im Kanton leisten, da es ja eigentlich den Bund betrifft? Ich finde: sehr, sehr viel. Denn genau für unseren Kanton als

etablierten Bildungs- und Forschungsstandort sind die internationale Vernetzung und der Austausch zwischen Lernenden, Studierenden und Lehrbeauftragten besonders wichtig, und wir können und sollten hier ein klares Signal gegenüber dem Bund setzen, dass Bildung und Austausch nicht nur prioritär zu behandeln sind, sondern das Ende 2023 beschlossene Verhandlungsmandat voranzutreiben ist und das Parlament den nötigen Kredit für das Nachfolgeprogramm zu sprechen hat. Dieses Zeichen unseres Kantons hätte Signalwirkung nicht nur für den Anschluss an Erasmus+ selbst, es würde uns nochmals als wichtigen Bildungs- und Forschungsstandort im Land etablieren. Auch wir haben die nationale Bildungs- und Austauschstrategie zu tragen und umzusetzen, wobei Erasmus+ genau dafür immens wichtig ist. Wir sollten im Sinne des Föderalismus den Willensbildungsprozess des Bundes in dieser Angelegenheit beschleunigen, ja, forcieren. Das Instrument der Standesinitiative ist genau hier für dieses so wichtige Programm das richtige, um unserer Jugendförderungsaufgabe gerecht zu werden. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

*Alexander Jäger (FDP, Zürich):* Die FDP-Fraktion tut sich jeweils schwer mit der Unterstützung von Standesinitiativen. Man kann nun sagen, wir machten uns das einfach, das ist aber nicht so. Wir denken, dass Bundesbern nicht auf unsere Standesinitiativen gewartet hat. Es ist auch so, dass in anderen Kantonen dieselbe Standesinitiative bereits behandelt wurde, und auch da ist die Unterstützung der FDP unterschiedlich. Die Begründung bei Ablehnung ist jeweils der Gegenstand der Standesinitiative, zum Beispiel in Baselland in diesem April.

Das Anliegen, Erasmus+ zu unterstützen, teilt die FDP. Wir setzen uns dafür aber mit unseren Nationalrätinnen und Nationalräten direkt in Bern ein, und auf die Standesinitiative können wir verzichten.

*Claudia Frei (GLP, Uster):* Wir haben heute Morgen schon sehr oft gehört, dass diverse Parteien keine Begeisterung für Standesinitiativen verspüren. Dies geht grundsätzlich ja auch uns so. Und dennoch sind wir der Auffassung, dass sie bei diesem Thema richtig ist: Die Schweiz hat nur wenige Rohstoffe, unser Kapital ist die Bildung. Und genau bei dieser bestehen grosse Probleme durch die Tatsache, dass der Bund es eben nicht schafft, sich mit unseren direkten Nachbarn der EU zu einigen und unseren Hochschulen vollen Zugang zu Horizon Europe und Erasmus zu verschaffen. Der Kanton Zürich als Standort von diversen Hochschulen ist hier direkt betroffen, und dennoch sind uns als Kanton die Hände gebunden. Forschung ist eben etwas, das nicht nur lokal stattfinden kann, sondern etwas, das länderübergreifend stattfinden muss. Hier muss man gross denken und sich nicht im Klein-Klein tummeln. Wir verlangen vom Bundesrat, dass er die Finanzierung von Erasmus schnell regelt. Zehn lange Jahre sind vergangen, seit die Schweiz von Erasmus ausgeschlossen worden ist. Nun ist wirklich genug Zeit verstrichen, in der man nur schwer in die Gänge gekommen ist. In dieser Zeit mussten die Schweizer Bildungsinstitutionen zahlreiche Forschungsabkommen mit einzelnen ausländischen Hochschulen abschliessen. Das ist äusserst aufwendig und ineffizient. Nun gilt es Druck zu machen, dass auch die grossen Linien geregelt werden.

Die Schweiz sollte im Ausland im Bereich Forschung als verlässlicher Partner wahrgenommen werden. Als Land und auch als Kanton sollten wir unseren Bildungsinstitutionen Stabilität und Planungssicherheit ermöglichen, und deshalb braucht es diese Standesinitiative.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Vielleicht lohnt es sich auch mal wieder ein bisschen daran zu erinnern, dass Zürich immer wieder ein ganz wichtiger Standort für die Wissenschaften im Laufe der Geschichte war. Um 1750 zum Beispiel waren wir eines der intellektuellen-Zentren in Europa, denken Sie an Conrad Gessner (*Schweizer Arzt und Naturforscher*), denken Sie an die ganzen Naturhistoriker, die damals viel Furore in Europa gemacht haben, aber auch zum Beispiel an Johann Georg Sulzer (*Theologe und Philosoph*), einen Winterthurer, der jetzt auch gerade wieder besprochen wird, der sehr viel für die Kunsttheorie getan hat. Wie ist das möglich gewesen? Das ist nur möglich gewesen, indem diese Gelehrten einen ganz aktiven und regen Austausch in Europa mit anderen Ländern und Gebieten geführt haben. Dasselbe hatten wir dann wieder im 19. Jahrhundert. Denken Sie auch an die grossen Bildungsromane, die es gibt. «Wilhelm Meisters Lehrjahre» von Goethe (*Johann Wolfgang von Goethe, deutscher Dichter*) und natürlich «Wilhelm Meisters Wanderjahre». Diese jungen Männer – das waren damals Männer – sind immer auf Wanderschaft gegangen und haben ganz wichtige Erfahrungen im Ausland gesammelt. Unser Staatsschreiber Gottfried Keller hat auch einen Roman geschrieben, «Der grüne Heinrich». Dieser geht nach München in die Maler- und Kunstausbildung. Das ist also ein ganz gängiges Prinzip bei uns und es ist ein Erfolgsprinzip. Man muss schon ein bisschen Scheuklappen haben, damit man dem jetzt derart widersprechen kann, wie es ein Kollege aus der Partei gegenüber gemacht hat, da fehlt halt einfach ein bisschen der Horizont. Und daher möchte ich sagen: Deshalb kämpfen wir ja für Horizon, deshalb kämpfen wir für Erasmus+, damit genau diese Stärke in unserem Bildungssystem, der Austausch mit anderen – es ist der Austausch während der Bildung, nicht nur der Gelehrten später und der Professorinnen und Professoren –, damit diese Wanderschaften auch heute stattfinden. Ich empfehle allen Studierenden, die ich immer noch unterrichten darf, dass sie einen Austausch machen. Denn man kommt nicht nur kulturell, sondern man kommt eben auch fachlich mit anderen Perspektiven zurück. Als Bildungskanton, den wir nun einmal sind mit zahlreichen wichtigen Bildungsinstitutionen der Schweiz, die wir beherbergen dürfen, haben wir natürlich als Stand ein ganz klares Interesse daran, dass das so weitergeht. Und deshalb möchte ich Sie bitten: Hören Sie auf mit diesem Argument, die Standesinitiative sei hier nicht angemessen. Doch, wir haben als Stand eben in diesem speziellen Fall einmal ein ganz spezifisches Zürcher Interesse, dass dieser Austausch für unsere Gesellschaft, für unsere Bildung und für unsere Wissenschaft weiter sehr aktiv stattfindet.

*Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen):* Ja, ich übe mich heute ein wenig in Pirouetten. Die Mitte ist gegenüber Standesinitiativen kritisch, ja, das ist so, aber

wir sind nicht sakrosankt dagegen. Deshalb unterstützen wir diese Standesinitiative, welche auch schon in anderen Kantonen eingereicht wurde oder noch pendent ist, und dies ohne Wenn und Aber. Gerade für den Kanton Zürich ist es mit seinen Fachhochschulen und Hochschulen immens wichtig, dass wir wieder eine Vollasoziiierung an Erasmus+, aber auch an Horizon Europe erreichen. Es sollte uns allen klar sein, dass europäische, aber auch interkontinentale Mobilität ein wichtiges Gut ist.

Der Nutzen von Austausch und Mobilität ist gross. Austauschereferenzen stärken die persönlichen und interkulturellen Kompetenzen von jungen Menschen, was in der heutigen globalisierten Welt immer wichtiger wird. Ich kann dies nur unterstreichen, dann auch ich konnte während meines Studiums von einem Austausch am Technion in Haifa profitieren. Das ist eine Erfahrung, auf welche ich dankbar zurückblicke. Ich konnte dabei über den Tellerrand schauen und vom sozialen und interkulturellen Austausch wie aber auch von Wissenstransfer profitieren.

Das europäische Mobilitätsprogramm Erasmus+ bietet eine bedeutend grössere Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten als die zurzeit unzureichende Schweizer Lösung. Der Mitte ist deshalb eine Vollasoziiierung an Erasmus+ wichtig.

*Lisa Letnansky (AL, Zürich):* Inhaltlich steht natürlich auch die AL voll hinter dem Anliegen dieser parlamentarischen Initiative. Wie so oft kritisieren aber auch wir den gewählten Weg der Standesinitiative. Es ist tatsächlich unhaltbar, dass es mit der Assoziierung der Schweiz an Erasmus+ und Horizon einfach nicht vorwärtsgeht, und es ist tatsächlich so, dass der Kanton Zürich als Standort zahlreicher Hochschulen besonders betroffen ist. Aber wie es die Initianten in der Begründung auch richtig schreiben, muss das nationale Parlament den Willen haben, vom Bundesrat mehr Tempo zu fordern. Ob hier eine Standesinitiative aus Zürich, die eine Botschaft vom Bundesrat fordert, der richtige Weg ist, um zum Ziel zu kommen, ist mehr als fraglich. Sinnvoller wäre es, wenn die Initiantinnen ihre Kolleginnen im nationalen Parlament direkt überzeugen, Gas zu geben, ein Hebel, den wir von der AL leider nicht haben.

Nichtsdestotrotz, «nützs nüüt, so schadts nüüt», inhaltlich stehen wir, wie gesagt, hinter der Forderung und unterstützen die PI, wenn auch etwas schulterzuckend.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

#### *Abstimmung*

**Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 205/2024 stimmen 96 Ratsmitglieder.** Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

